

## ***Menschen als neue Ware – Menschenrechte, Frauenrechte und Menschenhandel***

Zusammenfassung einer Podiumsdiskussion

Am Podium:

Barbara Prammer, Bundesministerin für Frauenangelegenheiten und Konsumentenschutz

Pino Arlacchi, Generaldirektor, UN-Büro für Drogenkontrolle und Konfliktprävention

Irene Freudenschuss-Reichl, Präsidentin des Österreichischen Nationalkomitees UNIFEM

Bärbel Butterweck, La Strada

Anna Kowalska, LEFÖ

14. September 1999

„Wir müssen dafür Sorge tragen, dass die strafrechtlichen und menschenrechtlichen Aspekte dieses Phänomens gleichzeitig und in ihrem gesamten Umfang Beachtung finden. Wir müssen die Täter fassen und bestrafen, während wir den Opfern unseren Schutz gewähren müssen.“

Diese Diskussion zum Thema Menschenhandel wurde mit Unterstützung der Ministerin für Frauenangelegenheiten und Verbraucherschutz und dem österreichischen UNIFEM Nationalausschuss zum zweiten Mal veranstaltet. Dabei sollte der neue Entwurf des Protokolls der Vereinten Nationen von verschiedenen Perspektiven aus beleuchtet werden – aus der Sicht der Vereinten Nationen, der österreichischen Bundesregierung sowie österreichischer und tschechischer NGOs.

Die Teilnehmer waren sich darin einig, dass seit der vorangegangenen Podiumsdiskussion im Jahre 1998 beachtliche Fortschritte erzielt worden waren und es sich bei dem Protokoll um einen historischen Schritt auf dem Weg zur Anerkennung der Notwendigkeit handelt, gegen den Menschenhandel entschieden vorzugehen. Da Menschenhandel eine in zunehmendem Maße wichtige Form des internationalen organisierten Verbrechens darstelle, sei sowohl eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit als auch eine geeignete Gesetzgebung wichtig. Damit könne das Problem aufgezeigt und bekämpft werden.

Die Debatte konzentrierte sich im Wesentlichen auf die menschenrechtlichen Aspekte dieses Verbrechens. Wiederholt wiesen die Teilnehmer auf die Notwendigkeit hin, nicht nur die Zwangslage und Bedürfnisse der Opfer in den Zielländern zu erkennen, sondern auch die diesem Problem zugrundeliegenden Faktoren in den Herkunftsländern klar darzustellen. In

der Debatte wurde eine Vielzahl von Aspekten angesprochen: die wirtschaftliche und gesellschaftliche Misere in den Herkunftsländern, die Migrationspolitik, die Situation von Frauen, Prostitution und häusliche Gewalt.